

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 113

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage,
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 45.—
monatlich M. 15.—

Halver
Montag, den 15. Mai 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
60 Pfg., auswärts 70 Pfg., im Kleinmetall 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Reichsfinanzminister Hermes ist zu mündlichen Verhandlungen mit der Reparationskommission nach Paris abgereist.
- * Die Antwortnote der Russen wird von den Franzosen scharf beurteilt, jedoch wird die Konferenz von Genua weitergeführt.
- * Lloyd George will in Genua zunächst den Friedenspakt zustandebringen. Barthou wird an den weiteren Verhandlungen über Rußland nicht mehr teilnehmen.
- * Der sächsische Landtag verwarf einen Antrag auf Änderung der Regierung. Man erwartet in Sachsen nunmehr den Volksentscheid.
- * Eisenbahninspektor Menne wurde wegen seiner Urheberschaft am Eisenbahnstreik zur Dienstentlassung verurteilt.

Die russische Antwort.

In dem umfangreichen und hervorragend diplomatischen Schriftstück, das die russische Delegation soeben in Genua überreicht hat, liegt die Basis für die Entscheidung über das weitere Schicksal der Konferenz. Barthou verlangte ein bedingungsloses Ja oder Nein zu den Vorschlägen der Alliierten. Lloyd George drückte sich entgegenkommender und vorsichtiger aus, und er hat jetzt weitaus mehr Anknüpfungsmöglichkeiten als vordem. Tschitscherin sagt aber weder Ja noch Nein. Er opponiert, macht aber dabei so wertvolle Konzessionen, daß die Verhandlungen jetzt vielleicht aussichtsreicher als vorher erscheinen. Bis auf den Schluß ist die ganze umfangreiche Note eine scharfe, aber äußerst geschickte und gerechte Kritik an dem Rußland überreichten Memorandum der Mächte. Insbesondere sind in den wenigen kurzen Schlussfolgerungen derart bedeutungsvolle Momente für ein künftiges Übereinkommen enthalten, daß die russische Note als Wendepunkt der Politik in Genua gewertet werden kann.

Konzessionen unter der Bedingung der Gegenseitigkeit sind ein weiter Begriff. Man weiß, daß Rußland fremden Kapitalisten Rechtschutz und Garantien gewähren will, daß es aber Kredit verlangt, nicht nur solche, die ihm mittelbar zugute kommen, indem sie an die Staatsangehörigen der anderen Mächte gegeben werden, sondern solche, die die russische Regierung selbst zum Ausbau der Wirtschaft benutzen kann. Dieser Punkt dürfte keine grundsätzlichen Schwierigkeiten hervorrufen, aber der zweite Vorschlag, der gegenseitige Annullierung der Ansprüche aus der Vergangenheit verlangt, würde sicher jede weitere Diskussion verhindern haben, wenn ihm nicht ein anderer Eventualvorschlag gegenübergestellt wäre, einen gemischten Sachverständigenausschuss für die Prüfung der Schuldenfrage zu ernennen. Darin liegt die Hauptbedeutung der russischen Stellungnahme, und darin kann Lloyd George das bedingte Ja erblicken, das er erwartete. Die Schwierigkeiten sind dadurch nicht überwunden, aber von Genua auf ein anderes Gebiet verpflanzt, so daß sie die Konferenz nicht hemmen können. Rußland hat durch diese Formulierung erreicht, daß die Verantwortung für einen eventuellen Bruch nicht mehr ihm zugeschoben werden kann.

Die russische Stellungnahme wird durch die Darlegungen Tschitscherins mit ausgezeichneter Deutlichkeit begründet. Es ist für den Politiker geradezu ein Genuß, dies Kabinettsstück feinsten Staatskunst zu lesen. Tschitscherin scheut sich nicht, einzelne Mächte, die er zwar nicht nennt, für die Belastung des Memorandums mit solchen Forderungen verantwortlich zu machen, die gegen die angenommenen Bedingungen von Cannes verstoßen. Sogar gegenüber dem Londoner Memorandum glaubt er, einen Rückschritt verzeichnen zu müssen. Um die wichtigste Frage, den Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Lebenskraft Europas, ist man in Genua schon herumgegangen. Die diktatorische Methode, einfach an Rußland Forderungen zu stellen, an denen nur einzelne Kreise in gewissen Staaten interessiert sind, lehnt Rußland ab, indem es das gemeinsame Interesse Europas in den Vordergrund stellt, das mit dem russischen Aufbau genau so innig verbunden ist wie das Schicksal Rußlands selbst.

Die politischen Darlegungen Tschitscherins sind ausgezeichnet gemischt mit wirtschaftlichen und juristischen Argumenten. Als politische Trümpfe spielt er die Sicherheit Europas und den Weltfrieden aus, die die Befriedigung der normalen Lage Rußlands verlangen. Mit den „Gendarmen der europäischen Zivilisation“ rechnet er rückwärts ab und dürfte damit Frankreich und Polen stark auf die Nerven fallen, während Lloyd George recht zufrieden sein wird, daß seine Absichten von russischer Seite so wirksam unterstützt werden. Alle Sonderwünsche, die darauf hinausgehen, Rußland zur Anerkennung der Friedensverträge zu zwingen, verweist die russische Note ebenso wie die rumänische und kleinasiatische Frage in politische Sonderverhandlungen. Die Anerkennung der Schulden, die die alliierte Vorbedingung für jede Verhandlung mit Rußland war und geblieben ist, wird juristisch und historisch zerpflückt. Die Revolution als höhere Gewalt entbindet von Verpflichtungen, das ist sowohl in der französischen Revolution wie in dem amerikanischen Befreiungskriege anerkannter Rechtsgrundsatz geworden. Nur politische Opportunität rechtfertigt die Anerkennung früherer Verpflichtungen, und Rußland ist aus diesem Grunde auch zu seinen Konzessionen bereit. Ebenso rechtfertigt Tschitscherin die russischen Ansprüche auf Entschädigung für Blockade und Unterstützung der Gegenrevolutionäre durch einen historischen Präzedenzfall.

Alles das sind Billen mit manchem bitteren Beigeschmack, die Herr Tschitscherin seinen Verhandlungspartnern zu schenken gibt. Das Fazit, das aus der Note gezogen werden könnte, wäre eine Ablehnung des Memorandums. Indem Rußland aber Konzessionen anbietet, trägt es der praktischen Politik in ausreichendem Maße

Rechnung, und so wird die russische Note nicht zum Abbruch, sondern wahrscheinlich viel eher zu einem neuen Abschnitt der Genueser Beratungen führen.

Tschitscherins Vorschläge.

Aus dem Wortlaut des entscheidenden Schlusstextes der langen russischen Note, der Folgerungen und Vorschläge enthält, sind folgende Stellen hervorzuheben: Die russische Regierung hat ihre Vertreter auf die Konferenz von Genua geschickt in der Hoffnung, hier mit den anderen Staaten zu einer Einigung zu gelangen, welche, ohne an dem ausgetretenen sozialen und politischen Regime zu rühren, nicht zu einer Erschwerung, sondern zu einer Erleichterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Rußlands führen. Aber dieses Ziel setzte voraus, daß die fremden Mächte darauf verzichten würden, zu Rußland im Tone eines Siegers gegenüber einem Besiegten zu sprechen.

Rußland ist nicht besiegt worden! Die einzige Tonart, welche zu einem gemeinsamen Abkommen führen könnte, wäre diejenige, die unter Mächten, die miteinander auf dem Fuße der Gleichberechtigung verhandeln, üblich ist. Rußland bleibt, um zu einer Einigung zu gelangen, bereit, den fremden Mächten ernsthaft Konzessionen zu machen, aber durchaus nur unter der Bedingung, daß diesen Konzessionen gleichwertige Konzessionen des anderen Teiles zugunsten des russischen Volkes entsprechen. Das russische Volk würde kein Abkommen annehmen können, in welchem nicht die Konzessionen durch wirkliche Vorteile ausgewogen würden.

Ein anderer durch die Schwierigkeiten der Situation nahegelegener Ausweg wäre eine gegenseitige Annullierung der aus der Vergangenheit zwischen Rußland und den anderen Mächten entstehenden Ansprüche und Gegenansprüche. Aber auch in diesem Falle ist die russische Regierung noch entschlossen, die Interessen der Kleinrentner zu achten. Falls aber die Mächte sich doch noch mit der Lösung der zwischen ihnen und Rußland anhängigen finanziellen Streitpunkte beschäftigen wollen, so könnte diese Aufgabe einem von der Konferenz ernannten gemischten Sachverständigen-Ausschuss übertragen werden.

Die russische Delegation stellt fest, daß das große Hindernis, welches den Fortgang der Konferenzarbeiten bisher gehemmt hat, auf dem Umstande beruht, daß die oben ausgesprochene Idee der Gegenseitigkeit noch immer nicht von allen Mächten hinreichend geteilt wird. Die russische Delegation kann jedoch nicht umhin, zu betonen, daß die Besprechungen, welche stattgefunden haben, einer engeren Annäherung zwischen Sowjetrußland und den fremden Mächten den Weg geöffnet haben. Rußland ist auf die Konferenz mit verständlichen Absichten gekommen, und gibt sich auch weiter der Hoffnung hin, daß sein Streben in dieser Hinsicht von Erfolg gekrönt sein wird.

Die Wirkung der Note.

„Die Konferenz geht weiter“ — das ist die Parole, die Lloyd George an die Presse nach Kenntnisnahme der russischen Antwort hat geben lassen. In den Kreisen der Entente wird angenommen, daß die Verweigerung der Prüfung des russischen Problems an dem Sachverständigenausschuss von der Mehrheit der Mächte gebilligt werden wird. Bei einer Beratung zwischen Lloyd George, Schanzer und Barthou war man sich darüber einig, daß trotz des schroffen Tones der russischen Antwort niemand die Verantwortung für einen plötzlichen Bruch auf sich nehmen könne. Barthou erklärte jedoch, er könne gar keine Verpflichtung eingehen, bis seine Instruktion aus Paris eingetroffen wäre. Es dreht sich bei den Franzosen jetzt darum, ob die russische Antwort ihnen völlig ungenügend oder als Grundlage zu weiteren Verhandlungen geeignet erscheint. Sie scheinen jedenfalls auf den Vorschlag der Sachverständigenkommission eingehen zu wollen. Poincaré hat die russische Antwort vor Pressevertretern in scharfen Ausdrücken beurteilt. Er nannte ihren Ton „gleichzeitig ironisch und scheinheilig“. Dennoch erwartet man, daß die französische Delegation nicht angewiesen wird, Genua zu verlassen. Sie wurde lediglich beauftragt, an weiteren Verhandlungen über die russische Frage nicht mehr teilzunehmen und im übrigen die schwebenden Arbeiten in den verschiedenen Kommissionen bis zum Schluß weiterzuführen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Auf je 39 Deutsche — ein Reichsbeamter.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Statistik über planmäßige Beamte, beamtete und nicht-beamtete Hilfskräfte zugelegt. Die Gesamtziffer ergibt 1 557 786 solcher Staatsdiener verschiedener Form (einschließlich der Betriebsarbeiter) und sie kosten 44 1/2 Milliarden Mark. Daraus kann man leicht berechnen, daß auf je 39 Deutsche ein Reichsbeamter kommt, und daß jeder Deutsche (Eingelinge und Greise einbezogen) von seinem Einkommen durchschnittlich 660 Mark jährlich für die Bezahlung der Reichsbeamten hergeben muß. Beamte der Länder und Gemeinden sind dabei außer Berechnung geblieben.

Der Plan der Rheinregulierung.

Der Internationale Rhein-Ausschuss, der in Straßburg tagt, ist zum Abschluß eines Abkommens über die Rheinregulierung gekommen. Es handelt sich um Schleusenbauten und Stauanlagen, auch Ausweichstellen und Zwischenbassins, durch die der Rhein aufwärts bis Basel (Einmündung des Rheins), und von da bis zum Bodensee für Schiffsahrtszwecke geeigneter gemacht werden soll. Die Arbeiten zur Erreichung dieses Ziels sollen von den drei Ländern (Deutschland, Frankreich und der Schweiz) gemeinsam unternommen werden.

Der preussische Haushalt ohne Defizit.

Am Hauptauschuß des Preussischen Landtages erklärte

Finanzminister Dr. v. Richter, für das Jahr 1920 bestende die Wahrscheinlichkeit, daß der Haushalt ohne Fehlbetrag abgeschlossen werden könne. Wahrscheinlich werde man auch für 1921 ohne Fehlbetrag auskommen, wenn die Einkünfte aus der Reichseinkommensteuer derartig sind, wie der Anschlag sie annehme. Das würde wiederum günstig auf den Haushalt für 1922 einwirken. Für dieses Jahr bleibe aber voraussichtlich noch ein Fehlbetrag von rund 950 Millionen Mark.

Vor dem Volksentscheid in Sachsen.

Im sächsischen Landtag wurde der Antrag der Rechtsparteien behandelt, der die Auflösung des Landtages fordert, weil die sozialistisch-kommunistische Ein-Stimmen-Mehrheit nicht in der Lage sei, die Geschäfte des Landes verfassungsgemäß zu führen. Die Kommunisten warfen der von ihnen gestützten Regierung vor, daß sie verbürgerlicht sei und nicht das Vertrauen des Proletariats habe. Trotzdem stimmten sie gegen den Auflösungsantrag, der dadurch mit 48 sozialistisch-kommunistischen gegen 47 bürgerliche Stimmen fiel. Nunmehr wird der Volksentscheid über den weiteren Bestand der Regierung bestimmen müssen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Vorstand des deutschen Städtetages und der Vorstand des preussischen Städtetages sind in Aachen zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Boesche zusammengetreten, um die nötigen Vorbereitungen für den am 26. und 27. Mai in Goslar stattfindenden Städtetag zu treffen, wo die neue Städteordnung beraten werden soll.

Berlin. Im Reichsarbeitsministerium wird ein Gesetzentwurf über Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung vorbereitet.

Berlin. Der Deutsche Landwirtschaftsrat tritt auf Einladung der bayerischen Landesbauernversammlung am 30. und 31. Mai in München zu seiner 50. Plenarversammlung zusammen.

London. Schatzkanzler Horne teilte unter Beifall im Unterhause auf eine Anfrage mit, die britische Regierung habe vollkommen klargestellt, daß sie nicht bereit ist, der Sowjetregierung eine Anleihe zu gewähren.

Budapest. Aus Siebenbürgen eintreffende Reisende erzählen, in Rumänien werde mobilisiert, da die Rumänen einen bolschewistischen Angriff erwarten. Die Rumänen erklären dazu, es handle sich nur um harmlose und friedliche Truppenverschiebungen, die nicht als Kriegsvorbereitungen gedeutet seien.

Belgrad. Hier sind Gerüchte verbreitet, König Alexander von Serbien sei Kandidat für den albanischen Thron. Die serbische Regierung unterläßt diese Kandidatur.

München. (Der süddeutsche Metallarbeiterfreik.) Die vom bayerischen Sozialministerium unternommenen Verhandlungen mit den Vertretern des Verbandes der bayerischen Metallindustriellen und des Verbandes der Metallarbeiter haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Sie sollen jedoch fortgesetzt werden.

Bochum. (Ende des Bergarbeiterstreiks.) Die Delegierten-Konferenz des Alten Bergarbeiterverbandes stimmte in Bochum mit 203 gegen 119 Stimmen dem Vorschlag der Regierungsvertreter im Bergarbeiterstreik zu. Die im Streit befindlichen Bergarbeiter sollen die Arbeit wieder aufnehmen.

Deutscher Reichstag.

(208. Sitzung.)

CB. Berlin, 12. Mai

Heute wurden, bevor man die Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums fortsetzte, Kleine Anfragen erledigt. Auf eine Frage nach dem Erlaß eines Amnestiegesetzes antwortete ein Regierungsvertreter, daß die Nachprüfung der Urteile der Sondergerichte im Juni beendet sein werde. Dann wurde die Frage der Amnestie zu erörtern sein. Abg. Graef-Thür. (Deutschl.) beschwerte sich darüber, daß in der Delegation und dem Sachverständigenkollegium bei der Genueser Konferenz ein Drittel Juden seien, während der Anteil der Juden in der Gesamtbevölkerung nur 1 von 100 betrage. Darauf erwiderte Gesandter v. Rathnau, bei der Auswahl der Herren für Genua sei die Religions- und Rassenzugehörigkeit nicht einzeln geprüft worden. Ergänzend fragte nunmehr der Abg. Graef: Will etwa die Reichsregierung behaupten, daß die erfahrenen Sachverständigen vorwiegend in der jüdischen Bevölkerung zu finden seien? Das wäre ein Armutzeugnis für die deutsche Bevölkerung. Eine Antwort darauf blieb aus.

Die Weiterberatung des Eisenbahnetats

wurde eingeleitet mit einer Rede des Abg. Dr. Quessel (Soz.), der u. a. betonte: Die Sozialisten werden unter keinen Umständen die Reichsbahnen einer Aktiengesellschaft von Privatkapitalisten ausliefern, selbst dann nicht, wenn sie nach ihrem vollen Wert bezahlt würden. Der Reichsverband der Industrie verlangt aber in seiner Denkschrift die Reichsbahnen geradezu geschenkt. Das Hauptübel ist der übergroße Material- und Personalverbrauch der Eisenbahn. Die kommunistischen Redensarten von den „Lohnslaven“ der Eisenbahn werden schon dadurch widerlegt, daß von Ostern bis Pfingsten 100 Milliarden zur Aufbesserung der Beamtengehälter bewilligt worden seien. Mehr kann man den Steuerzahlern kaum zumuten. Leider sei der Personalabbau auf die Arbeiter beschränkt geblieben. Der Redner verlangte auch einen Abbau des Beamtenapparates und erklärte schließlich, daß an dem gefehlenden Achtstundentage unbedingt festgehalten werden müsse.

Reichsverkehrsminister Groener:

Das finanzielle Ergebnis der Reichsbahn ist in diesem Jahre wesentlich günstiger als im Vorjahre. Einer Streitfrage bei der Eisenbahn wird mit aller Entschiedenheit vorgebeugt. (Lebhafte Rufe der Kommunisten: „Das glauben wir!“) Im dem Aktientapital der Schlafwagen-Gesellschaft sind wir stark beteiligt. Wir schaffen auch reichseigene Schlafwagen. Das Gutachten des Reichsverbandes der Industrie nehme ich sehr ernst. Neue Reichsbahnen werden jetzt nicht gebaut, sondern es werden nur die von den Ländern begonnenen Bauten vollendet. Der Eisenanteil fällt auf Bayern. Ich habe verfügt, daß aus Anlaß des Streiks keine weiteren Disziplinarverfahren mehr eingeleitet werden sollen.

Abg. Geißler (D. Volksp.): Die Auffassung, daß den Beamten das Streikrecht zustehe, wird nicht nur von den Unabhängigen, sondern auch von den Sozialdemokraten, also einer Regierungspartei, vertreten. Mit solchen Anschauungen können wir ein bildungsloses Eisenbahnpersonal nicht erhalten.

Seider steht die Mischschuld der Regierung am Eisenbahnerstreik fest. Sie hat viel getan, um die Streikagitation zu begünstigen. In die Reihen der Lokomotivführer ist große Erbitterung dadurch getragen worden, daß die Regierung ihr Versprechen, die Lokomotivführer mit den Affizienten gleichzustellen, nicht gehalten hat. Durch die falsche Methode der Regierung ist der gute Geist des Lokomotivführerstandes allmählich niedergedrückt worden. Gegen einen Beamtenstreik muß sich jeder Staat, auch ein sozialistischer, mit allen Mitteln wehren. Der Verkehrsminister hat ausgerechnet, Herrn Menne als Vorsitzenden der Reichsgewerkschaft zum Dienst für diese Gewerkschaft beurlaubt, obwohl Herr Menne 1919 der Führer eines Eisenbahnerputsches in Erfurt war. Durch die Begünstigung eines solchen Mannes hat sich der Minister in gewissem Grade mit schuldig an dem Eisenbahnerstreik gemacht. Die Sozialdemokratie als Regierungspartei ist in noch höherem Grade mit schuldig, denn ihre Führer bejahen das Beamtenstreikrecht. Weil die Beamten nur durch die Ungeschicklichkeit der Regierung in den Streik getrieben worden sind, ersuchen wir die Regierung, bei schärfster Durchführung der Richtlinien doch die größte Milde gegen die am Streik Beteiligten walten zu lassen.

Abg. Breunig (U.-Soz.) machte geltend, daß man Streiks nicht durch die Technische Nothilfe bekämpfen könne, sondern allein durch ausreichende Bezahlung. Die Eisenbahner würden sich den Achtfundentag nicht nehmen lassen. Da die Eisenbahnverwaltung bei der Vergütung von Aufträgen einzelne Interessenverbände bevorzugt, habe sie an ihrer Überverteilung und Ausbeutung selber schuld.

Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Selbst (D. Volksp.) und Bary (Komm.) wurde die allgemeine Aussprache geschlossen. Das Gehalt des Ministers wurde hierauf bewilligt, und man fuhr in der Einzelberatung des Haushalts fort.

Hermes in Paris.

Die Aufnahme der deutschen Note.
Reichsfinanzminister Hermes ist am Freitag nach Paris abgereist und die mündlichen Einigungsverhandlungen über die Reparationsfrage sollten am Sonnabend beginnen. Eine Antwort auf die deutsche Note will die Reparationskommission vor den Verhandlungen nicht geben, doch hat sich der Wiedergutmachungsausschuß auf die Ansicht geeinigt, die deutsche Note gestatte einen Meinungsaustausch mit Hermes und Bergmann. Diese Aussprache wird zunächst nur offiziellen Charakter tragen. Ein Mitglied der Reparationskommission hat erklärt: „Die deutsche Note gibt uns noch nicht die volle Befriedigung, die wir erwarten, aber sie bedeutet gegen die letzte deutsche Erklärung vom 7. April einen merkwürdigen Fortschritt.“ In ähnlichem Sinne äußerte Poincaré selbst die zureichende Hoffnung, daß eine Verständigung in der Wiedergutmachungsfrage erzielt werden könne. Frankreich und England würden dabei wieder geschlossen vorgehen können.

Französische Kurzsichtigkeit im Saargebiet

Der Völkerverbund soll helfen.
Neben der Genue-Konferenz tagt auch noch in Genf der Rat des Völkerverbundes über allerlei internationale Fragen. Darunter ist u. a. das englische Mandat über Palästina, eine Frage, die einstweilen verschoben zu sein scheint, ferner die Einrichtung eines besonderen südamerikanischen Bureaus in Genf, Danziger Fragen, wozu der Senatspräsident Dr. Sahm aus Danzig eingetroffen ist, u. a. m. Von besonderem Interesse ist eine Abordnung aus dem Saargebiet, die sich in Genf eingestellt hat, ein Sozialdemokrat, ein Zentrumsmann, ein Demokrat und ein Führer der liberalen Volkspartei. Die Abordnung will mit den Mitgliedern des Völkerverbundes Fühlung nehmen, um die Verordnungen über den Landesrat und die Zurückziehung der vertragswidrig im Saargebiet stehenden französischen Truppen zu besprechen. Offenbar hatten die Saarländer auch auf Genue ihre Hoffnung gesetzt, aber die Franzosen haben es verstanden, in der Versammlung der einladenden Mächte den Beschluß durchzudrücken, daß die Saar-Fragen abzusehen seien, weil sie vor den Völkerverbund gehören. Als diese Nachricht die deutsche Abordnung erreichte, war man recht befremdet, da es sich nicht allein um politische Fragen, sondern um wirtschaftliche Angelegenheiten handelt, deren Besprechung auf der Konferenz von Genue auch von Entente-Seite befürwortet worden war. Die Regierungskommission des Saargebiets hat bekanntlich Benzol, Zee und Thoma smehl den französischen Ein- und Ausfuhrbestimmungen unterworfen. Da nun Frankreich im letzten November ein Ausfuhrverbot erließ, das erst am 15. März vorläufig wieder aufgehoben wurde, war

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

Erstes Kapitel.

Feindselig blickten die bunten Augen Frau Marias auf den eben eingetretenen Herrn, dessen Verbeugung sie mit einem kurzen Reigen des Kopfes erwiderte. Ein Blick auf die ihr gereichte Karte hatte ihr gesagt, wer vor ihr stand — und da hatte sie sich ungefähr denken können, was er wollte — noch ehe er ein Wort gesprochen!

Ihre Gestalt straffte sich in unwillkürlicher Abwehr, und trampfhaft sah sie ihre rechte Hand in die Falten ihres Kleides. Sie trat einen Schritt zurück, wie schützend vor ihr Töchterchen, das halb mit Neugier, halb mit Furcht den fremden Herrn betrachtete, dem es vorhin auf sein Klingeln geöffnet hatte.

Abwartend stand Frau Maria da. Ihre Augen bohrten sich in sein Gesicht. Sie sprach und fragte gar nichts. Das Schweigen wurde drückend und peinlich, besonders für den Herrn! Aber doch war es schwerer, als er sich gedacht, das vorzubringen, was die Familie beschloffen, und worin auch, nach nur kurzem Zögern, der Bruder hastig, beinahe drängend, eingewilligt hatte. Es war schwer, angesichts der Frau, die er sich so ganz anders vorgestellt, die in ihrer Haltung und in ihrem Aussehen den Eindruck einer vollendeten Dame machte — trotz des sehr einfachen Hauskleides aus Kattun, das ihre prachtvolle königliche Gestalt umhüllte.

Und jetzt begriff er auch, welche Macht diese Frau über den Bruder, diesen schwachen, halbtönen, schwärmerischen Menschen, hatte haben können, so daß er alles vergessen, was er seiner vornehmen Familie schuldig war! Zum Glück hatte er sich jetzt doch noch darauf besonnen, ehe es zu spät geworden!

Der schlanke, fremde, junge Herr räusperte sich ein wenig und machte unwillkürlich eine Bewegung nach dem Hals, als sei ihm etwas unbehagen.

„Eine einigermaßen peinliche Angelegenheit ist es, die mich zu Ihnen führt, gnädige Frau,“ begann er endlich, „doch ich hoffe, daß wir trotzdem zu einem befriedigenden Abschluß kommen werden.“

die Saarländische Thoma smehl-Produktion, wie übrigens auch die französische Produktion, die ebenfalls auf den Export angewiesen ist, aufs schwerste geschädigt worden. Dadurch gingen große Mengen von Thoma smehl, die für die Getreideerzeugung unentbehrlich sind, verloren, so daß der Ernteertrag Europas erheblich vermindert sein wird. Es handelt sich nicht nur um Deutschland allein, sondern um allgemein europäische Interessen! Es wäre erwünscht, derartige Einfuhr- und Ausfuhrverbote in Zukunft zu verhindern. Die Abordnung hofft, daß der Völkerverbund sich nunmehr mit diesen Fragen befassen wird.

Dienstentlassung Menne.

Das Urteil im Disziplinarverfahren.

s. Erfurt, 12. Mai.

Die Disziplinarkammer hat gestern nachmittag in dem Verfahren gegen die Urheber des Eisenbahnerstreiks vom März dieses Jahres das Urteil gefällt.

Die Angeklagten Eisenbahninspektor Menne, Lokomotivführer Thiele und Eisenbahnsekretär Dibiit wurden für schuldig befunden und die Disziplinarkammer erkannte gegen sie auf Dienstentlassung.

Von der Gewährung einer Teilpension wurde abgesehen, da keine Gründe für eine milde Beurteilung der Handlungsweise der Beschuldigten vorhanden seien, und außerdem Ausschütze, daß die drei Angeklagten in der Reichsgewerkschaft der Deutschen Eisenbahnbeamten und -angestellten einen ausreichenden Lebensunterhalt finden. Die Frage, ob die Angeklagten bei der Ausübung ihrer Tat Beamte gewesen seien, wurde bejaht. Ein Streikrecht der Beamten gebe es nicht.

Menne hatte in seiner Verteidigungsrede noch ausgesprochen, daß der Streik beschlossen worden sei, nachdem die Regierung eine Verhandlung im Sinne des an sie gerichteten Ultimatums abgelehnt hatte. Er selbst habe sich während der Vorbereitung zum Streik als nicht im Beamtenverhältnis stehend betrachtet, da er beurlaubt gewesen sei und während dieser Zeit kein Gehalt beansprucht habe. Das Streikrecht hätten die Eisenbahner für selbstverständlich gehalten.

Der Anklagevertreter Regierungsrat Fritzsche machte diesen Ausführungen gegenüber geltend, daß die Angeklagten während des Streiks eine Tätigkeit für den Streik ausgeübt haben. Die Frage, ob Beamte während der Beurlaubung im Dienstverhältnis stehen, sei zu bejahen. Es sei zweifellos, daß der Beamte während der Beurlaubung seine Pflichten erfüllen muß. Die Hauptfrage sei: Gibt es ein Streikrecht? Zwischen dem Staat und den Beamten bestehe ein Treueverhältnis. Kein Teil könne vorübergehend von diesem Vertrag zurücktreten, der Beamte dürfe also auch nicht streiken. Nachdem die Verteidiger sich bemüht hatten, nachzuweisen, daß die Angeklagten vor dem Streik und während des Streiks in keinem Beamtenverhältnis standen, zog sich das Gericht zur Beratung zurück und fällte das eingangs erwähnte Urteil.

Sofales und Proolnzleides.

Salver, den 15. Mai 1922.

„Mag auch die Liebe weinen, —

Es kommt der Tag des Herrn!“

Dieses schöne Wort Krummachers ist als Titel zu dem wunderbaren Lehne schen Roman, mit dessen Abdruck wir heute beginnen, so recht geeignet. Ein tieftragisches Lebensschicksal ist es, das uns die Verfasserin vor Augen führt. Jung, schön und geliebt verläßt Marie das Elternhaus, um das Glück an der Seite des Grafen Ottokar Altvörden zu finden, dessen schwärmerisches Künstlerherz für die bezaubernde Gastwirtschöpfung hell auf loderte. In dreizehnjähriger Ehe genossen beide den Himmel auf Erden! — Da begann das Verhängnis, das Maria den Gatten raubte und sie mit ihren beiden Kindern in die rauhe Welt, in die Verzweiflung hinein stieß! Nicht der Allbezwinger Tod entriß ihn ihr, sondern des Gatten Elend! Und Maria trauerte um einen Lebenden! — Wie sie sich mit Empörung und Stolz abwendet, als ihr die gräßliche Familie eine Absingung anbietet, — wie Maria sich mühsam durchs Leben schlägt, und trotzdem ihre Lieblichen zu stolzen Menschen heranbildet, — wie sie, hasserfüllt gegen die Altvörden, dennoch ihre nichtshnende Tochter als Erzieherin nach Schloß Lengefeld gehen läßt, — das alles erzählt uns

„Sie hoffen viel, Herr Graf,“ erwiderte sie jarratisch, und tief und voll wie eine Glode klang ihre Stimme, daß er beinahe überrascht aufhorchte. „Sie hoffen viel.“

„Natürlich rechne ich da mit Ihrer Einsicht und Klugheit.“

„Sie rechnen mit etwas, von dessen Vorhandensein Sie doch eigentlich noch keine Beweise haben,“ bemerkte sie ironisch.

„Doch, — mehr als einen sogar! Da ist zum Beispiel Ihre Heirat mit meinem Bruder.“

„Herr Graf,“ fuhr sie da auf, und eine Blutwelle färbte ihr Gesicht mit purpurner Glut.

„Pardon, meine Gnädigkeit! Aber es ist doch so —“

„Sie gingen einige Schritte nach der Tür, ihr Töchterchen an der Hand fassend.“

„Ich verzichte auf jede mündliche Unterredung mit Ihnen, Graf Altvörden! Was Sie mir zu sagen haben, kann auch schriftlich geschehen!“ erwiderte sie auf seine letzte Bemerkung, und ihre Stimme bebte vor Enttäuschung.

„Nein, auf keinen Fall, das würde viel zu umständlich sein, würde vielleicht zu Mißverständnissen führen! Deshalb bin ich ja gerade gekommen!“ widersprach er lebhaft. „Uebrigens haben Sie ja selbst jeden schriftlichen Verkehr zwischen uns unmöglich gemacht, dadurch, daß Sie unsere gewiß gut gemeinten Vorschläge stets unbeantwortet gelassen haben.“

Sie lachte kurz auf.

„Gut gemeint — ja —! Was die Altvörden unter „gut gemeint“ verstehen. Ich habe es zur Genüge kennen gelernt, und deshalb eben danke ich auch dafür!“

„War es nicht etwa gut gemeint und entgegenkommend von uns, Ihnen während der Krankheit meines Bruders eine angemessene Summe auszusuchen, trotzdem wir zu nichts verpflichtet waren?“ entgegnete er mit einer gewissen Schärfe im Ton.

„Deshalb eben habe ich ja darauf verzichtet, wie Sie wohl wissen werden, weil ich keine Gnabengeschenke wollte. Es ist auch so gegangen. Ich habe mich selbst und meine Kinder schon durchgebracht, wenn wir auch oft nicht viel mehr als trockenes Brot gegessen haben!“

„Doch nun will ich mein Recht!“

Frau Lehne so meisterhaft, so spannend und herzergreifend, wie es eben nur einer Frau mit so reichem Herzen möglich ist. Aber auch Ottokar Altvörden findet das Glück nicht wieder, das er an der Seite Marias genossen. Wohl hat er das Majoratserbe angetreten, — wohl besitzt er nun die ebenbürtige, schöne und lebensfrühende Gattin, — der Gedanke an Maria aber läßt sich nicht fernhalten. Die an seiner ersten Familie begangene Schuld ist nicht ungeschehen zu machen und bittere Selbstanklagen rauben ihm den Schlaf, zehren an seinem Körper! In der jungen Erzieherin seiner Kinder, Lora Berger, sieht er das Bild Marias, und vergebens zermartert er sich das Gehirn, die Ursache dieser Ähnlichkeit festzustellen.

Einen tieferen Einblick in das Wesen des neuen Romanes möchten wir uns ersparen — ist es uns doch selbst Bedürfnis, dahin mit allen Mitteln zu wirken, daß jeder Leser und jede Leserin des Genusses dieser seltsamen Lektüre teilhaftig wird!

□ Verlängerte Geltung des Sommerfahrplans. Die Geltung des Sommerfahrplans, der am 1. Juni eingeführt wird, war ursprünglich bis zum 30. September vorgesehen. Seine Dauer ist jetzt bis einschließlich 7. Oktober verlängert worden. Es gilt dies auch für die Sommerzüge, die der neue Fahrplan vorsieht. Die Verlängerung rührt davon her, daß im besetzten Gebiet in der Nacht vom 7. zum 8. Oktober die Rückkehr von der Sommerzeit zu der westeuropäischen Zeit erfolgen wird. Die westeuropäische Sommerzeit entspricht bekanntlich unserer mitteleuropäischen Zeit. Im besetzten Gebiet muß demnach mit dem 8. Oktober ein neuer Fahrplan eingeführt werden. Um den doppelten Wechsel des Fahrplanes am 1. und 8. Oktober zu ersparen, tritt im ganzen Bereich der Reichsbahn der Fahrplanwechsel am 8. Oktober ein.

□ Zur Wetterlage. Um die Wende der ersten Maiwoche herum schien es, als ob endlich die Zeit des Aprilwetters ihr Ende haben sollte. Am 7. und 8. Mai herrschte überwiegend prächtiges klares Sommerwetter. Die Temperaturen stiegen nach längerer Zeit wieder über 20 Grad. Nachen meldete am 8. Mai 25, Frankfurt a. M. 24, Berlin und Metz 23 Grad Celsius. In Berlin betrug an diesem Tage die Tagesdurchschnittstemperatur 18,0 Grad gegenüber einem Normalwert von 11,7 Grad Celsius. Hervorgerufen war diese allerdings nur sehr kurze Schönwetterperiode durch das über Südwesteuropa lagernde Hochdruckgebiet, das seinen Einfluß zeitweilig über den größten Teil Deutschlands ausgestreckt hatte. Schon am 9. Mai änderte sich unter dem Einfluß herannahender Tiefes das Wetter. In Süddeutschland traten verschiedentlich Gewitter auf. In Norddeutschland sanken bei westlichen bis nordwestlichen Winden die Temperaturen ganz rasch. Die sogenannten Eisheiligen machten sich bemerkbar. Allerdings recht gnädig; denn nach den vorliegenden Meldungen sanken die Temperaturen nirgends unter den Gefrierpunkt. Aus Ostpreußen wurde am 10. Mai verschiedentlich Schneefall gemeldet. Für die nächsten Tage ist im Küstengebiet und in Süddeutschland mit stärkeren, im Binnenlande nur mit vereinzelt geringen Niederschlägen zu rechnen. Später darf man mit einer langsamem Besserung der Wetterlage rechnen. Hoffentlich bringt sie uns dann endgültig beständiges Frühlingswetter.

— Auf Antrag der Landwirtschaftskammer fand am 2. Mai ds. Js. eine Sitzung des gemäß Erlaß des preussischen Staatskommissars für Volksernährung gebildeten Westfälischen Kartoffelpreisausschusses statt, in der nach eingehender Beratung einstimmig folgender Beschluß gefaßt wurde: Unter Aufhebung der Preisfestsetzung vom 8. März ds. Js. sieht der Kartoffelpreisausschuß von der Festsetzung eines neuen Kartoffelpreises ab, weil er einerseits den Preis zu dem heute im allgemeinen die Kartoffeln in größeren Mengen zu beschaffen sind, grundsätzlich nicht gutheißen, andererseits aber mit Rücksicht auf die in anderen Provinzen erfolgte Entwicklung der Kartoffelpreise sich von der Festsetzung eines niedrigeren Preises einen praktischen Erfolg nicht versprechen kann.

— Westfälisch-Lippische Molkereien. Von den 197 Molkereien und Genossenschaften, die dem Mäiereiverbande für Westfalen und Lippe angeschlossen sind, wurden im vorigen Jahre 288 Millionen Liter Vollmilch

„Ihr Recht —!“ Er hob leicht die Schulter. „Der Begriff ist ziemlich kompliziert.“

„Für mich nicht — es gibt nichts Einfacheres! Ich will endlich wieder mit meinem Mann vereint werden, dessen Krankheit Sie schon genug benutzt haben, ihn von seiner Familie zu entfernen. Als er sich in seiner großen Not — krank, arbeitsunfähig, ohne Mittel, als er sich da an seine Eltern um Unterstützung gewandt — da fing es an! Sie brachten ihn in ein Sanatorium und nahmen mir dadurch die Möglichkeit, ihn selbst zu pflegen, vertrieben mich, hielten mich mit leeren Ausflüchten hin, daß er dort am besten aufgehoben sei. Blühenden Herzens fügte ich mich, mußte mich fügen — denn Sie waren es ja, die die Kosten seiner Krankheit bezahlten — deshalb ertrug ich die Trennung — aber wie gern hätte sie für ihn gearbeitet —“

„Ottokar hätte das nie zugegeben — als seiner Frau unwürdig.“

„Unwürdig? — Kann ehrliche Arbeit je unwürdig sein?“ Sie lächelte ein wenig. „Mehr als einmal hab' ich's getan, hab's tun müssen — und hab's auch gern getan.“ — „War halt für ihn und unsere Kinder — meine Liebe gab mir Kraft dazu!“ — Sie betrachtete ihre großen, doch gut geformten Hände, denen man wohl an sah, daß ihnen Arbeit nicht fremd war. Dann fuhr sie fort, in einem weichen, bittenden Ton, als sie bisher gesprochen — „Es war manchmal schwer — aber die Liebe und die Sehnsucht, die hielten mich doch aufrecht, wenn ich am Verzagen war und dachte, 's geht nimmer, — und deshalb bitte ich Sie, Graf Altvörden, halten Sie mir meinen Mann nicht länger fern — von Tag zu Tag hab' ich jetzt, da ich weiß, daß er gesund ist, auf ihn gewartet! Und hab' ihn geschrieben, trotzdem er es nicht getan! Er hat sogar Lorchens Geburtstag vergessen! — Den Aufenthalt in Lengefeld — bei seiner Familie — hab' ich ihm so gern gegönnt — aber einmal muß das doch ein Ende haben! Er muß doch meine und unserer Kinder Sehnsucht fühlen — Sie sind doch mit seinem Vorwissen hier?“

Westfälisch nicht er; doch er vermied den Blick der blickenden Frauenaugen, als er jetzt erwiderte:

Fortsetzung folgt.

Bermischtes.

Die Macht des Gefanges. Von einem stimmigewaltigen Sohn Queblinburgs, dem Kontrabassisten und Kammermusikus Salomon Wendeler, der im 18. Jahrhundert lebte, wird in der anlässlich der Tausendjahrfeier der Stadt Queblinburg erschienenen Festschrift der Zeitschrift Niedersachen eine sonderbare Geschichte erzählt: Wendeler's Stimme ... so stark, daß sie ein vollständiges Orchester, ja sogar die Orgel überlörte. Einst spielte er in der Hauptkirche zu Danzig auf der Orgel und sang dazu, seine ganze Stimmkraft aufbietend, um über dem Gebrause des Instrumentes vernehmbar zu sein. Da unterbrach ihn plötzlich ein Lärm, der sich unter den anwesenden Frauen erhob. Die Frau eines hochangesehenen Senators der Stadt war über die gewaltige Stimme Wendeler's so erschrocken, daß sie während des Gottesdienstes einem kräftigen Knaben das Leben geschenkt hatte. Über dieses Ereignis war ihr Gemahl so entzückt, daß er von der Gicht, an der er lange ... hatte, geheilt wurde. Er lud den unschuldigen Verursacher dieser Glückszufälle, den stimmkräftigen Bassisten, zur Tafel ein und legte ihm 300 Dukaten unter den Teller. Wendeler wurde infolge seiner eigenartigen Tätigkeit als Geburtshelfer und Arzt berühmt, und er wurde in allen Gesellschaften um eine Probe seines Könnens gebeten. Ob er auch weiterhin damit so segensreiche Erfolge gehabt hat, verzeichnet die Chronik, die diese wunderbare Geschichte von der Macht der Stimme erzählt.

Einwanderung von Deutschen in die Vereinigten Staaten. Aus Newyork wird gemeldet: Im Monat Februar kamen aus Deutschland 967 Einwanderer an, aus Österreich 201, aus der Schweiz 221. Im ganzen sind während der vergangenen acht Monate nach den Vereinigten Staaten gekommen: 12.262 Deutsche, 2839 Österreicher und 2592 Schweizer. Nach dem Einwanderungsgesetz konnten bis 1. Juli noch zugelassen werden: 55.777 Einwanderer aus Deutschland, 4605 aus Österreich und 2592 aus der Schweiz. Die Höchstzahl für die Tschechoslowakei, die zum Teil auch deutschsprechende Einwanderer schickt, ist so gut wie erschöpft, es können nur noch 551 bis zum 1. Juli zugelassen werden. Es ist deshalb anzunehmen, daß Einwanderer aus diesem Lande bis nach dem 1. Juli warten. Das gilt auch für Rumänien.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden 100 baltische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder holländische Kronen, 100 Schweizerische, belgische und französische Francs, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Preis“ — angeboten; „Geld“ — gefordert.)

Börsenplätze		12. 5.		11. 5.		Stand
		Geld	Brief	Geld	Brief	1. 4. 14
Holland . . .	Guld.	1108,10	1113,90	1093,30	1093,70	170 Mk.
Dänemark . .	Kron.	6117,30	6132,70	6032,49	6077,60	112 "
Schweden . .	Kron.	7320,80	7339,20	7295,85	7314,15	112 "
Norwegen . .	Kron.	5353,30	5366,70	5323,30	5336,70	112 "
Schweiz . . .	Frank.	5558,00	5572,00	5533,05	5546,95	72 "
Amerika . . .	Doll.	288,89	287,61	284,89	285,61	4,40 "
England . . .	Pfd.	1277,40	1280,60	1265,90	1274,10	20,20 "
Frankreich . .	Frank.	2631,70	2638,30	2614,20	2620,80	80 "
Belgien . . .	Frank.	2497,00	2493,00	2484,50	2490,50	80 "
Italien . . .	Lire	1523,05	1526,95	1518,10	1521,90	80 "
Österr. . . .	Kron.	3,20 1/2	3,24 1/2	3,23	3,27	85 "
Ungarn . . .	Kron.	87,20	87,00	87,00	87,10	85 "
Tschechien . .	Kron.	553,30	554,70	536,30	537,70	80 "

Berlin, 12. Mai. (Stand der polnischen Mark.) Polenmark an der heutigen Börse mit 7,07 1/2 % W. bewertet.

* Berliner Produktienbörse vom 12. Mai. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 720—725. Still. Roggen, märkischer 543—550, pommerscher 540—550, westpreussischer 540 bis 545. Sehr fest. Sommergerste 610—632. Still. Hafer, märkischer 565—583. Stetig. Mais ohne Provenienzangabe Mai 473—478 ab Hamburg. Fester. Weizenmehl pro 100 Kilogramm 1775—1900, feinste Marken über Notiz bezahlt. Still. Weizenmehl pro 100 Kilogramm 1190—1300. Still. Weizenkleie 400—410. Gefragt. Roggenkleie 410—420. Rubig. Erbsen, Viktoria 640—680, kleine Speiserbsen 560—580, Futtererbsen 540—560, Lupinen, blaue 490—520. Cerradella, reine 975—1000. Rapskuchen 400—435. Erbsenkuchen 365—385. Linsenmehl 30—70 170—180. (Nichtamt.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab Station: drabtegr. Roggen- u. Weizenstroh 120—127 M., beagl. Haferstroh 120—127 M., bindfaden-gegr. Roggen- u. Weizenstroh 110—117 M., gebünd. Roggenlangstroh 122—130 M., loses u. gebünd. Krummstroh 88—94 M., Häckel 150—160 M., handelsüb. Heu 220—230 M., gutes Heu 240—255 M.

Inventar-Verkauf.

Wegen Aufgabe der Landwirtschaft verkaufe ich am Dienstag, den 16. Mai d. J., morgens 10 Uhr anfangend, meistbietend gegen Barzahlung:

2 Ackerpferde, 7 Kühe, 3 Bullen, 3 Rinder, 3 Zuchtsauen, 20 Hühner, 1 Hahn, 2 Gänse, 1 Dreschmaschine mit Reinigung (System Lanz), 1 Wannemühle, 1 Windsege, 1 Kreissege, 1 Häckselmaschine für Kraftbetrieb, 1 eiserne Ackerwalze, 1 Mähmaschine (Selbstableger), 1 Grasmäschine mit Handablage, 1 Düngestreuer, 1 Kartoffelfortiermaschine, 1 Pflanzmaschine, 1 Heuwender, 1 Kultivator, 1 Eggen, 1 Dreieck, 2 Wendepflüge (Selbstführung), 2 Eggen, 1 Soatsege, 1 Jauchekarre mit Fuß, 2 Jauchepumpen, 2 Düngerkarren, 2 Erntewagen, 2 Strohseneider, 1 Futterdämpfer, 2 Begeckasten, 1 künstliche Glucke, 1 Anstrichmaschine, 1 Geburtshelfer, 1 Schleifstein, 1 Zentrifuge, 1 Buttermaschine und sonstige vorhandene Ackergeräte.

Die Gegenstände sind gebraucht und können einige Stunden vorher besichtigt werden.

Johann Brämer, Meinerzhagen, Gutspächter.

Die unter Nr. 49 des H. R. Abt A eingetragene Firma Gebr. Weyer zu Bärhausen ist am 8. Mai 1922 im Handelsregister gelöscht.

Das Amtsgericht Meinerzhagen.

(Staatsmedaille, goldene Ausstellungspreise)

PIANOS

Flügel, Harmoniums und
Kunstspiel-Instrumente
unübertroffen an Qualität
und Preiswürdigkeit

Roth & Junius

Hof-Piano- und Flügelwerk
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.

mit Klangsteg
D. R. G. M. 458 403

* Zur Frage der freien Kohleneinfuhr. Die Mitteilungen der Frankfurter Handelskammer über freie Kohleneinfuhr werden von amtlicher Stelle nicht bestätigt. Es ist gegen früher lediglich infolge einer Änderung eingetreten, als der Verbraucherkreis für ausländische Kohle für die Zeit vom 1. Mai bis 31. August dieses Jahres erweitert worden ist, so daß innerhalb dieser Frist außer der Exportindustrie nunmehr auch der Hausbrand und die inländische Industrie ausländische Kohlen beziehen dürfen. Dagegen bleiben alle anderen Beschränkungen für die Einfuhr und den Zwischenhandel mit ausländischen Kohlen nach wie vor bestehen.

* Ein- und Ausfuhr in England. Im Monat April belief sich der Wert der Einfuhr in England auf 80.661.216 Pfund Sterling, was im Vergleich zum April des Vorjahres eine Steigerung um 9.290.190 Pfund Sterling bedeutet. Der Wert der Ausfuhr hat sich im April dieses Jahres auf 55.507.649 Pfund Sterling belaufen; im Vergleich zum April des vorigen Jahres bedeutet das eine Verminderung um 4.359.939 Pfund Sterling. Der Wert der Wiederausfuhr hat sich im April dieses Jahres auf 9.199.747 Pfund Sterling belaufen; das bedeutet im Vergleich zu demselben Monat des Vorjahres eine Steigerung um 676.112 Pfund Sterling.

* Eine Abänderung des Weingesetzes wird dem Reichstag demnächst zugehen. Als „Kognat“ dürfen danach nur die Erzeugnisse der Charente bezeichnet werden, während anderen Tränkbranntweinen, die bisher als Kognat bezeichnet werden durften, die Bezeichnung „Weinbrand“ beigelegt wird.

* Schweizer Industrien verlegen ihre Tätigkeit nach Amerika. Zahlreiche Schweizer Industrieunternehmen sind neuerdings nach Amerika verpflanzt worden. So haben einige der bekanntesten Stickerfabriken in der Nähe von Newyork bereits die Arbeit aufgenommen. Die bekannten Schotoladenfabriken Nestlé, Peter, Caillet und Kohler eröffnen demnächst neue Schotoladenfabriken in den Vereinigten Staaten, und auch die Firma Scharf schickt sich an, dort eine Fabrik einzurichten.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Radikalisierung der Eisenbahner?) Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter hat an den Deutschen Eisenbahnerverband (D. E. V.) das Ersuchen gerichtet, mit ihr in Verhandlungen über eine Verschmelzung der beiden Gewerkschaften einzutreten. Der D. E. V. soll sich hierzu bereit erklärt haben. — Eine solche Vereinigung der Reichsgewerkschaft mit dem sozialistischen Eisenbahnerverband würde zweifellos zu einer Radikalisierung der Eisenbahner führen.

Stettin. (Drohender Generalfreik.) Die Ausfuhr auf der Stettiner Vulkant-Bucht ist in ein kritisches Stadium getreten. Der Schiedsgerichtsausschuß hat einen Schiedsspruch gefällt, der dahin geht, daß die Ausfuhrung zu Unrecht erfolgt sei und daß die Werke die Entlastung wieder einstellen müssen. Dagegen hat die Direktion erklärt, den Schiedsspruch nicht anzuerkennen. Die Gewerkschaften verlangen, daß die Direktion den Schiedsspruch anerkenne oder wenigstens die Aufhebung der Ausfuhrung erkläre. Andernfalls wolle man in den Generalfreik treten.

Aus dem Gerichtssaal.

* Ein sensationeller Mordprozess. Der vor zwei Jahren an dem Teppichhändler Reicher in Berlin, einem Bruder des in Breslau verstorbenen berühmten Kantaristes Prof. Reicher, verübte Raubmord, der seinerzeit großes Aufsehen erregte, gelangt jetzt vor einem Berliner Schwurgericht zur Verhandlung. Als Anklägerin des Verbrechens ist Frau Helene Spanier angeklagt, als ihre Helfershelfer der Drogist Gustav Passarge, genannt „Matrosen-Willi“, und der Mechaniker Harry Selzer. Frau Spanier ist in Berlin als eine sehr anständige Persönlichkeit bekannt und soll als Leiterin einer großen Verbrechergesellschaft systematisch Raub- und Mordpläne entworfen haben. Sie entstammt einer wohlhabenden Familie und war mit einem Kaufmann Dr. Stein, der gleichfalls eine Reihe von Straftaten begangen hat, verheiratet. Ursprünglich betrieb sie Schiebereisengeschäfte mit Lebensmitteln, Gold und Brillanten, um sich dann „schwierigeren Sachen“ zuzuwenden. Sie ist mit ihrer Bildung und Intelligenz ein Verbrechertypus, wie er sich sonst nur in Hintertreppenromanen findet. Den belährten Teppichhändler sollen die drei Angeklagten während eines fingierten Teppichkaufs, bei dem sie einen Wortwechsel in Szene setzten, erdrosselt haben. Da annähernd 70 Zeugen geladen sind, dürfte die Verhandlung mehrere Tage dauern. Die Angeklagten bestreiten ihre Schuld, obwohl Passarge im Ermittlungsverfahren ein Geständnis abgelegt hat.

* Verrat militärischer Geheimnisse. Die Strafkammer in Frankfurt a. M. verurteilte wegen Verrats militärischer Geheimnisse den Privatdetektiv Kurt Baumbach aus Wiesbaden zu drei Jahren acht Monaten Gefängnis. Die Verhandlung fand unter strengem Ausschluss der Öffentlichkeit statt, auch die Urteilsbegründung wurde hinter verschlossenen Türen bekanntgegeben.

* Sühne für ein politisches Attentat. Der Mörder des finnischen Ministers des Innern Mäkinen, ein politischer Fanatiker namens Landefeld, wurde vom Helsingforsker Mathausgericht zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Die Verteidigung hatte den Versuch gemacht, den Attentäter für unzurechnungsfähig erklären zu lassen. Dieser Versuch ist jedoch mißlungen.

* Die Explosionskatastrophe bei Marienfel. Vor der Oburger Strafkammer stand als Angeklagter der Kapitän nant Lange, der das große Explosionsunglück, das sich September 1920 zu Marienfel bei Wilhelmshaven ereignete, verschuldet haben sollte. Da dem Angeklagten keine Tätschuld bei der Leitung des Granatenentladungsbetriebes nachgewiesen werden konnte, erfolgte Freisprechung und Übernahme aller Kosten auf die Staatskasse. Der Explosion waren 16 Personen zum Opfer gefallen, 21 wurden schwer verletzt. Ein Jahr früher fand bei Wilhelmshaven eine ähnliche Explosion statt, bei der 21 Tote zu verzeichnen waren. Auch damals konnte dem Leiter des Betriebes keine Schuld nachgewiesen werden.

Patentbericht

mitgeteilt vom Patent-Büro Konrad Köchling, Hagen i. W., Bürohaus Concordiastr., Fernsprecher 3436.

a) Patentanmeldungen. Eugen Franz, Brügge i. N. Alshaller für Eisenbahnfahrzeuge. — Kremp & H. meister, Lüdenscheid i. W., Stoffkammer zum Aufhängen von Tür- und Fenstervorhängen.

b) Gebrauchsmuster. Lüdenscheider Metallwerke vorm. Julius Fischer & Basse, Lüdenscheid, Mehrfachversicherungspatrone. — Gustav Hüttebräuer, G. m. b. H. Lüdenscheid, Geprüfter Möbelschloß, — Führungsführer die Zugfette bei elektrischen Fassungen, — Zugfettenfassung.

Turnen, Spiel und Sport.

Lüdenscheid, 11. Mai.

Zu den Verhandlungen über Aenderung der Grenzen zwischen dem Lenne-Vollme Turngau und dem Städtischen Turngau findet sich in den Kreismitteilungen folgender Sitzungsbericht: Der Kreisvertreter berichtete, welche Schritte bisher seitens des Vorstandes getan wurden, um den Beschluß des Kreisturntages wegen Regulierung der Gausgrenzen zur Durchführung zu bringen. Der Vert. erklärte, das vom Vorstand an den Märkischen Gau gerichtete war, um eine befriedigende Lösung dieser schwierigen Frage herbeizuführen. Der Vorstand hat in Altena und Brügge Besprechungen mit den Vertretern der Gaus und der Vereine abgehalten. In Märkische Gau hat es leider abgelehnt, an diesen Besprechungen teilzunehmen. Nebelung berichtet über das Ergebnis der Besprechungen. Der Kreisausschuß urteilt es, daß der Märkische Gau entgegen dem Beschluß des Kreisturntages sich an der Beratung über die Regulierung der Gausgrenzen nicht beteiligt hat. Es findet eine lebhaftige Aussprache über die Stellung des Kreisausschusses in dieser Angelegenheit statt. Der Bezirk des Märkischen Gaus hat schriftlich seine Verhandlungen betr. die Gausregulierung abgelehnt und das Verhalten der Kreisleitung bemängelt. Der Vorstand des Kreisausschusses wird auf dieses Schreiben gebührende Antwort erteilen. Es wird ferner beschlossen, dem unerträglichen Zustand, daß Vereine von verschiedener Gauszugehörigkeit an einem Orte bestehen, ein Ende zu machen. Daher sollen die Vereine, zum Märkischen Gau in der Stadt Altena und in Lüdenscheid, gehören, auf Grund des Beschlusses des Kreisturntages und der Deutschen Turnerschaft dem Lenne-Vollme Turngau zugewiesen werden. Die Vertreter des Kreisausschusses aus dem Lenne-Vollme Turngau enthalten sich der Abstimmung. Die Vertreter des Märkischen Gaus haben soweit wir aus den Kreismitteilungen ersuchen können bei der Sitzung gefehlt.

SPORTHAUS STADION

Inhaber: Willy Kottsieper, Hagen, Körnerstraße 24, gegenüber der Stadt Sparkasse.

Erstes Spezialgeschäft am Platze.

Schriftleitung: Wilh. Dell, Halber i. Westf.

Vernehme u. geschmackvolle

Drucksachen

für Geschäfte und Private.

Spezialität:

Familien- u. Vereins-Drucksachen

wie: Visitenkarten, Verlobungskarten, Verlobungs-Briefe, Danksagungs- und Gratulationskarten usw. usw.

Trauerbriefe

Die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Stoffe

geeignet für

Anzüge
Kostüme
Mäntel
Kleider
Schlüpfer

in allen gangbaren Dessins, weit unter Fabrikpreis

von 40 Mk.

an per Meter.

Ia. Anzug-Zutaten

7teilig, 340.- Mk.

Reinwollener bl. Kammgarn und Cheviot 1008 zu billigsten Preisen.

J. Engelberg,
Hagen i. Westf.
Frankfurterstr. 86.
Telefon 2214.

Hühneraugen

werden Sie sicher los durch

Hühneraugen-Lebewohl!

Hornhaut an der Fußsohle beseitigt

Lebewohl-Ballen-Scheiben

kein Verursachen u. Zerstören am Strumpf

In Drogerien und Apotheken erhältlich

4.- und 6.- Mark.

Halversche Medizinal-Drogerie

Carl Menke 526

Drogerie A. Cordt, Schalksmühle.

Wegen Heirat des jetzigen

suche ich zum 1. Juli ein

zuverlässiges, kinderliebes

Mädchen

Frau Luise Wilms

geb Engstfeld

Lüdenscheid, Sachsenstraße 21.

Erhielt wieder prima

Oldenburger Ferkel.

Carl Schmale, Halber

Telefon 23.

Dienstag morgen erhalte

Oldenburger Schweine

Hugo Kerspe, Halber, Telefon 52.